

NIEDERSCHRIFT

8. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt

Sitzungstermin:	Donnerstag, 31.03.2011
Sitzungsbeginn:	18:00 Uhr
Sitzungsende:	19:20 Uhr
Ort, Raum:	Raum Nr. 102, 1. Etage (großer Sitzungssaal)

Herr Alfred Sonders - Bürgermeister
Herr Stv. Heinrich Plum - SPD-Fraktion
Herr Stv. Franz-Bernd Mortimer - ABU-Fraktion
Herr Stv. Friedhelm Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Konrad Krämer - SPD-Fraktion
Herr Stv. Gustl Rinkens - SPD-Fraktion
Herr Stv. Karl-Heinz Robert - SPD-Fraktion
Herr Stv. Hans-Rainer Steinbusch - SPD-Fraktion

Herr Stv. Franz Brandt - CDU-Fraktion
Herr Stv. Hubert Hennes - ABU-Fraktion
Herr Stv. Horst-Dieter Heidenreich - GRÜNE-Fraktion
Herr Stv. Heinrich Liska - FDP-Fraktion
Herr Stv. Dietmar Brühl - FWA-Fraktion
Herr Stv. Andreas Weber - REP-Fraktion

Vertretung für: Herrn Stv. Loosz,
Detlef

Abwesend waren:

Herr Stv. Detlef Loosz - SPD-Fraktion	entschuldigt
Frau Stv. Ulrike Wagner - CDU-Fraktion	entschuldigt
Herr Stv. Hartmut Knippschild - Fraktionsloses Ratsmitglied	entschuldigt

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1. Eröffnung der Sitzung
Vorlage: 2010/0936
2. Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2010/0937
3. Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2010/0939
4. Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)
hier: Bürgerantrag des CDU Ortsverbandes Hoengen vom 14.11.2010, Verbesserung der Parksituation vor dem Hoengener Friedhof (Vergrößerung der Parkflächen)
Vorlage: 2010/0946
5. Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land NRW;
hier: Katzenschutzverordnung für freilaufende Katzen
Antrag des Tierschutzvereins für Aachen u.U.e.V.
Vorlage: 2011/1083
6. Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Bauliche Beschaffenheit der Straßen und Wege rund um das Seniorenzentrum St. Anna
Antrag des Herrn Abrahams vom 22.02.2011
Vorlage: 2011/1089
7. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 1994 bis 2014 in der 16. Fortschreibung
Vorlage: 2011/1043
8. Bericht der Verwaltung über die Verwendung der Mittel aus der Gottfried-Wacker-Stiftung für das Jahr 2010
Vorlage: 2011/1049
9. Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2010/0940
10. Entwurf des Stellenplanes 2011
Vorlage: 2011/1124

Protokoll:

Öffentlicher Teil:

zu 1 **Eröffnung der Sitzung**
Vorlage: 2010/0936

Protokoll:

Herr Bürgermeister Sonders eröffnet gegen 18.00 Uhr die 8. Sitzung des Hauptausschusses des Rates der Stadt Alsdorf. Er begrüßt die Damen und Herren Stadtverordneten, den Vertreter der Presse, die erschienenen ZuhörerInnen sowie die MitarbeiterInnen der Verwaltung (Herrn Ersten Beigeordneten Kahlen, Dez. I, Frau Technische Beigeordnete Lo Cicero-Marenberg, Dez. III, Herrn Hafers, FB 5 – Finanzen, Frau Rietz, FG 1.1 – Büro des Rates, Herrn Schleibach, FG 3.1 – Soziales, Herrn Gillessen, FG 5.1 – Kämmerei, Herrn Dohms, FG 6.2 – Sicherheit und Ordnung, Frau Gebauer, Leiterin des städtischen Rechnungsprüfungsamtes, Frau Scheefe, FG 1.1 (Schriftführerin) – Büro des Rates.

Als Gäste sind anwesend:

Herr Günter Jansen, GSG Stadtentwicklung

Anschließend stellt Herr Bürgermeister Sonders fest, dass mit Einladung vom 14.03.2011 form- und fristgerecht zur heutigen Sitzung eingeladen wurde. Der Hauptausschuss ist beschlussfähig.

Nachfolgend gibt Herr Bürgermeister Sonders folgende Informationen zur Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

Die Verwaltung schlägt vor, die Tagesordnung zu erweitern um

TOP 10: Entwurf des Stellenplanes 2011
Vorlage: 2011/1124

Zudem wurden im öffentlichen Teil Unterlagen zu folgenden Tagesordnungspunkten nachgereicht:

6. Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Bauliche Beschaffenheit der Straßen und Wege rund um das Seniorenzentrum St. Anna
Antrag des Herrn Abrahams vom 22.02.2011
Vorlage 2011/1089

7. Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 1994 bis 2014 in der 16. Fortschreibung
Vorlage 2011/1043

Im **nichtöffentlichen Sitzungsteil** wird die Erweiterung der Tagesordnung vorgeschlagen um

TOP 7: Befristete Niederschlagung von Zahlungsrückständen;
hier: Regressanspruch aus Veruntreuung (inkl. Zinsen)

Nachgereicht wurden Unterlagen zu

5. Pachtvertrag und Vereinbarung über die Erbringung von Bauleistungen und die Durchführung der Straßenbeleuchtung zwischen der Stadt Alsdorf und der EWV Energie- und Wasser-Versorgung GmbH, Willy-Brandt-Platz 2, 52222 Stolberg vom 01.07.2004
Vorlage 2011/1045

Änderungswünsche zur Tagesordnung werden seitens der Fraktionen nicht vorgetragen.

Nachfolgend stellt **Herr Bürgermeister Sonders** die Tagesordnung zur Abstimmung. Diese wird mit den vorgetragenen Änderungen einstimmig angenommen.

Anfragen werden nicht angekündigt.

zu 2 Fragestunde für Einwohner
Vorlage: 2010/0937

Protokoll:

Durch Einwohner der Stadt Alsdorf werden keine mündlichen Anfragen gestellt.

zu 3 Bericht der Verwaltung
Vorlage: 2010/0939

Beschluss:

Der Hauptausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung über die Durchführung der in der letzten Sitzung des Hauptausschusses am 02.12.2010 gefassten Beschlüsse sowie über die noch nicht ausgeführten Beschlüsse aus der Sitzung am 14.08.2007 einmütig zur Kenntnis.

zu 4 **Anregungen und Beschwerden gem. § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW)**
hier: Bürgerantrag des CDU Ortsverbandes Hoengen vom 14.11.2010,
Verbesserung der Parksituation vor dem Hoengener Friedhof (Vergrößerung der Parkflächen)
Vorlage: 2010/0946

Protokoll:

In obiger Angelegenheit schätzt **Herr Stv. Mortimer, ABU-Fraktion**, ein, dass sich die Parkraumsituation durch die Mitnutzung des Parkplatzes am Penny- bzw. Schleckermarkt deutlich entspannt habe.

Herr Erster Beigeordneter Kahlen informiert darüber, dass die Verwaltung sich die Situation vor Ort angeschaut und geprüft habe, inwieweit eine Verbesserung durch Schrägparktaschen und Ausnutzung der breiten Bürgersteige erreicht werden könnte. Die Messungen hätten ergeben, dass dadurch lediglich bis zu 3 weitere Stellplätze zusätzlich entstehen könnten, andererseits jedoch eine Gefährdung durch Zurücksetzen beim Ausparken in die Jülicher Straße entstehe. Deshalb sei diese Planung verwaltungsintern verworfen worden. Des Weiteren sei angedacht worden, die linke Zufahrt des Friedhofes zu nutzen. Allerdings bestehe die Befürchtung, dass stattfindende Trauerfeierlichkeiten durch Motorenlärm gestört werden. Zudem schätze auch die Verwaltung ein, dass sich die Parksituation durch die Ansiedlung des Einzelhandels entschärft habe. Er schlage deshalb vor, die Situation noch eine gewisse Zeit zu beobachten. Sollte sich in absehbarer Zeit die derzeitige Lage nicht grundlegend verschlechtern, sehe die Verwaltung derzeit keine Veranlassung, hier weiter tätig zu werden.

Hierauf entgegnet **Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion**, er würde es befürworten, den Tagesordnungspunkt entweder zu vertagen oder sich auf Ziff. 2 des Beschlussvorschlages zu einigen und regt an, dass der Ausschuss für Stadtentwicklung einen Ortstermin anberaumen sollte.

Herr Bürgermeister Sonders erwidert, dass er dies infolge der bereits erwähnten Entschärfung der Lage nicht für zwingend notwendig halte. Auch sei zu bedenken, dass selbst eine geringe Anzahl neuer Parkplätze einige tausend Euro an Kosten verursachen würde, die sich bei den Friedhofsgebühren niederschlagen würden. Er schlägt deshalb vor, die Lage zunächst weiter zu beobachten.

Seitens der **SPD-Fraktion** unterstützt **Herr Stv. F. Krämer** die Einschätzung von Herrn Bürgermeister Sonders, die weitere Entwicklung dort zu verfolgen und spricht sich dafür aus, den Antrag als solchen nicht weiter zu verfolgen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung), diese Angelegenheit nicht weiter zu verfolgen.

zu 5 **Anregungen und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land NRW;**
hier: Katzenschutzverordnung für freilaufende Katzen
Antrag des Tierschutzvereins für Aachen u.U.e.V.
Vorlage: 2011/1083

Protokoll:

Zur vorgenannten Thematik stellt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** fest, so wünschenswert auch die Anregung des Tierschutzvereines sei, gebe es doch rechtliche Bedenken, die in der Vorlage bereits dargelegt wurden, u.a. auch als Auszug einer Stellungnahme des Städte- und Gemeindebundes. Die Verwaltung sehe derzeit keine Möglichkeit, eine solche Verordnung in der Praxis umzusetzen.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, erwidert, dass die Verwaltung es sich seiner Einschätzung nach hier zu einfach mache. Er könne keine offensichtliche Rechtswidrigkeit erkennen und verweist in diesem Zusammenhang darauf, dass andere Städte bereits Katzenschutzverordnungen erlassen hätten. Der Städte- und Gemeindebund bringe zwar rechtliche Bedenken vor, ihm sei jedoch bislang kein Urteil bekannt geworden, welches diese Rechtsauffassung unterstütze. Andererseits gebe es ein Gutachten eines Düsseldorfer Rechtsanwaltes, in dem die Zulässigkeit einer solchen Verordnung unterstrichen werde. Seiner Einschätzung nach sei durchaus ein Problem gegeben. Die ungezügelte Katzenvermehrung berge sehr wohl eine grundsätzliche Gefahr, die ordnungsrechtliches Handeln erforderlich mache. In der Stadt Paderborn zum Beispiel seien diesbezüglich bereits gute Erfahrungen gemacht worden. Dort klären die Veterinärbehörden die Katzenhalter über das Problem der unkontrollierten Fortpflanzung auf. Die Zahl der Kastration von Katzen aus privater Haltung habe dadurch deutlich zugenommen. Dies spreche für eine solche Verordnung. Außerdem sei es ja wohl auch so, dass die Stadt Alsdorf nicht nur eine Pauschale an das Tierheim Aachen zahle, sondern auch pro gefundenes und dem Tierheim übereignetes Tier einen bestimmten Betrag entrichten müsse. Auch vor diesem Hintergrund sei die Verordnung sinnvoll. Bundesweit würden sich Tierschutzvereine dafür einsetzen, dass Katzenschutzverordnungen erlassen werden. Seiner Ansicht nach spreche nichts dagegen, dies auch in Alsdorf zu tun. Die GRÜNE-Fraktion unterstütze deshalb den Antrag des Tierschutzvereines.

An Herrn Stv. Heidenreich gewandt, räumt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** ein, dass er ihm rein in der Sache schon zustimmen könne. Beim Erlass einer Satzung müsse jedoch auf die Rechtmäßigkeit geachtet werden. Diesbezüglich gibt er zur Kenntnis, dass er die Entscheidung in gleicher Sache in der Stadt Aachen mit verfolgt habe. Dort sei man aufgrund entsprechender Expertisen zu der Überzeugung gelangt, dass eine solche Verordnung rechtswidrig sei. Dem entsprechend sei der Erlass einer Satzung dort durch die Verwaltung abgelehnt worden.

Ergänzend erwähnt er, man habe sich auch in Paderborn und in Jülich erkundigt, welche Ergebnisse nach dem Erlass der Satzung dort zu verzeichnen seien. Es sei mitgeteilt worden, dass die Verordnung nicht wirklich umgesetzt werden könne. Somit gebe es zwei Probleme: Erstens handele es sich nach allgemeiner Rechtsauffassung um eine Rechtswidrigkeit und zweitens werde die Effektivität selbst bei den Kommunen, die die Satzung beschlossen haben, in Frage gestellt.

Wenn der Landes- bzw. Bundesgesetzgeber die notwendigen rahmengesetzlichen Veränderungen vornehmen würde, wäre es für die Kommunen allgemein kein Problem, eine entsprechende Satzung zu erlassen.

Herr Stv. Brandt, CDU-Fraktion, unterstützt grundsätzlich die Einschätzung von Herrn Stv. Heidenreich. Seiner Meinung nach sollte dem Antrag stattgegeben werden.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt beschließt mit Mehrheit (bei 3 Gegenstimmen), die Katzenschutzverordnung auf Grund der offensichtlichen Rechtswidrigkeit nicht zu erlassen.

**zu 6 Anregung und Beschwerden gemäß § 24 der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen (GO NRW);
hier: Bauliche Beschaffenheit der Straßen und Wege rund um das Seniorenzentrum St. Anna
Antrag des Herrn Abrahams vom 22.02.2011
Vorlage: 2011/1089**

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt die Ausführungen der Verwaltung zum Bürgerantrag zur Kenntnis und verweist den Antrag einstimmig zur weiteren Beratung an den zuständigen Fachausschuss.

**zu 7 Beratung des Entwurfes der Haushaltssatzung der Stadt Alsdorf für das Haushaltsjahr 2011 einschließlich der mittelfristigen Ergebnis- und Finanzplanung für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 sowie des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 1994 bis 2014 in der 16. Fortschreibung
Vorlage: 2011/1043**

Protokoll:

Herr Hafers, Fachbereich Finanzen, gibt einen kurzen Überblick über die Thematik. Der Entwurf der Haushaltssatzung sei den Mitgliedern des Rates der Stadt mit Datum vom 10.01.2011 zugeleitet worden. Die öffentliche Auslegung habe keine Einwände seitens der Bürgerschaft ergeben. Der Satzungsentwurf weise bei Erträgen von 77,6 Mio. Euro und Aufwendungen von 92,6 Mio. Euro ein strukturelles Defizit in Höhe von ca. 15 Mio. Euro aus. Im Rahmen der mittelfristigen Finanzplanung führe das dazu, dass die Stadt nur noch über ein verbleibendes Eigenkapital in Höhe von 7,4 Mio. Euro verfüge. Zwischenzeitlich sei der Entwurf des Haushaltes auch in den Fachausschüssen beraten worden. Die Ergebnisse wurden in den Anlagen 1 und 2 als Übersicht zusammengestellt. Anlage 1 zeige die Auswirkungen aus den Veränderungen des Ergebnishaushaltes. Zu erkennen sei eine zusätzliche strukturelle Verschlechterung, die im Jahre 2011 zur Ausweitung des Defizits von 15 Mio. Euro auf 18 Mio. Euro

führen würde. Bezogen auf die mittelfristige Finanzplanung habe dies ein weiter reduziertes Eigenkapital von nur noch 6,4 Mio. Euro zur Folge.

Im Zusammenhang mit der Aufstellung des Investitionshaushaltes seien finanzwirtschaftliche Veränderungen in einer Größenordnung in Höhe von 717.000 Euro entstanden. Eine Beschlussfassung in dieser Form hätte zur Folge, dass der Kreditdeckel überschritten und der Investitionshaushalt nicht genehmigungsfähig wäre. Die Verwaltung habe dies zum Anlass genommen, auf der Basis der Beschlussfassung durch die Fachausschüsse, einen neuen Investitionsplan zu erarbeiten. Er sei als Anlage 3 den Sitzungsunterlagen beigelegt. Dieser neu aufgestellte Investitionsplan halte die erforderlichen Rahmenbedingungen der Haushaltssicherung ein und sei aus Sicht der Verwaltung auch genehmigungsfähig. Mehrmals habe auch die interfraktionelle Arbeitsgruppe getagt mit dem Ziel, ein genehmigungsfähiges Haushaltssicherungskonzept zu erarbeiten. Schwerpunkte seien dabei in diesem Jahr die Bereiche Steuern, Beteiligungen, Personal und Schulträgeraufgaben gewesen. Als Ergebnis habe die Verwaltung nun das Haushaltssicherungskonzept für das Jahr 2011 mit weiteren umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen zusammen gestellt. Würde das Konzept in dieser Form umgesetzt, sei eine strukturelle Verbesserung des Haushaltes in einer Größenordnung von ca. 800.000 Euro zu erwarten. Die Verwaltung schlage deshalb vor, einen Empfehlungsbeschluss entsprechend der Sitzungsvorlage an den Rat der Stadt auszusprechen.

Als erster Diskussionsredner gibt **Herr Stv. Brandt** zur Kenntnis, dass die **CDU-Fraktion** dem Beschlussvorschlag heute folgen wolle. Er möchte sich jedoch vorbehalten, verschiedene Einzelheiten in der Fraktion noch einmal detailliert zu überdenken und ggf. bis zur Entscheidung durch den Rat der Stadt am 14.04.2011 noch die eine oder andere Änderung bzw. Ergänzung vorzuschlagen.

Die **ABU-Fraktion**, so **Herr Stv. Hennes**, werde dem Beschlussvorschlag heute ebenfalls zustimmen. Im Besonderen spricht er folgende Punkte an:

- Die Fraktion begrüße es, dass die Verwaltung beabsichtige, einen Mitarbeiter einzustellen, der Unterhaltsvorschussleistungen zurückfordern solle.
- Verschiedentlich sei festzustellen, dass unterwohnte Mietshäuser abgerissen werden und der dort entstehende neue Wohnraum nur zu einem höheren Mietzins zu haben sei. Dies habe zur Folge, dass die Kosten zur Unterstützung von sozial schwachen Familien von Jahr zu Jahr stark steigen. Die Verwaltung sollte bei Bund und Land versprechen, sich mehr an den steigenden Kosten zu beteiligen, da die Kommunen hier überproportional belastet würden.
- Die ABU-Fraktion werde noch Vorschläge zur Kostensenkung beim Hallenbadbetrieb einbringen.
- Letztlich hoffe man auf gute Ergebnisse durch die zugesagten Kontrollen im Rahmen der Aktion „Unsere Stadt soll schöner werden“; für Umweltverschmutzer solle es Bußgelder geben.

Hieran anschließend gibt **Herr Stv. Heidenreich** zur Kenntnis, die **GRÜNE-Fraktion** möchte ein endgültiges Votum zum Haushalt 2011 erst in der Sitzung des Rates der Stadt am 14.04.2011 abgeben. Heute frage er sich jedoch, wo der Sinn liege, wenn von der Verwaltung vorgeschlagen werde, alle Empfehlungen aus den

Haushaltsberatungen in den Fachausschüssen pauschal abzulehnen. In diesem Zusammenhang verweist er auf die Position 5 in Anlage 2 - Energeticon. Hier seien zum Teil bereits Zuschüsse eingeflossen. Seine Frage sei, ob dies denn nicht doch in den Haushalt aufgenommen werden müsse.

Zum Haushaltssicherungskonzept (Seiten 4 und 5 von 10) möchte seine Fraktion zudem folgende weitergehende Konsolidierungsvorschläge als Antrag einbringen:

- Erhöhung der Hundesteuer für den 2. Hund auf 120 Euro,
- Erhöhung der Hundesteuer für den 3. Hund auf 144 Euro,
- Festsetzung der Steuersätze für Geräte mit Gewinn in Gaststätten und Spielhallen auf jeweils 13 % des Einspielergebnisses (analog der Gemeinde Simmerath).

Hierdurch käme es zu weiteren Einnahmen in Höhe von ca. 55.000 Euro/Jahr.

Zur Frage von Herrn Stv. Heidenreich erläutert **Herr Hafers**, beim Umgang mit den Vorschlägen aus den Fachausschüssen handelt es sich offensichtlich um ein Missverständnis. Die pauschale „Ablehnung“ sei lediglich ein formelles Verfahren, bei dem zunächst alle Vorschläge abzulehnen seien. Im Rahmen der Aufstellung eines neuen Investitionsplanes sei jedoch der größte Teil der Vorschläge anschließend wieder berücksichtigt worden. In Anlage 3 sei zu erkennen, dass z.B. auch die Kernaussstellung weiterhin enthalten sei. Es sei lediglich aus der Formalie heraus zwingend erforderlich gewesen, zunächst alle Vorschläge abzulehnen, damit auf dieser Basis ein neuer Investitionshaushalt erarbeitet werden konnte.

Ergänzend hierzu fügt **Herr Bürgermeister Sonders** an, ein Vergleich der Listen zeige, dass die wesentlichen Positionen im neuen Investitionshaushalt wieder berücksichtigt werden konnten. Als größere Posten seien lediglich das Chemielabor in der Gustav-Heinemann-Gesamtschule in Höhe von 120.000 Euro herausgenommen worden und 250.000 Euro für die Erneuerung des Hofes an der Feuerwache, die anderweitig realisiert werden wird.

Herr Stv. K. Krämer, legt dar, auch die **SPD-Fraktion** möchte sich die Möglichkeit offen halten, in der Sitzung des Rates der Stadt noch zum Haushalt zu sprechen. Bezüglich des Vorschlages zur zusätzlichen Erhöhung der Hundesteuer sei zu sagen, dass die SPD-Fraktion hier noch ein gewisses Maß an Bürgerfreundlichkeit bestehen lassen wollte. Man werde heute dem während der interfraktionellen Gespräche erarbeiteten Konsens zustimmen.

Für die **ABU-Fraktion** spricht sich **Herr Stv. Mortimer** dafür aus, die Punkte 1 – 4 gemäß Beschlussvorschlag umzusetzen.

Auch die **FPD-Fraktion** werde dem Beschlussvorschlag der Verwaltung zustimmen, so **Herr Stv. Liska**.

Abschließend bedankt sich **Herr Bürgermeister Sonders** für die sachliche und konstruktive Atmosphäre während der Haushaltsgespräche. In den Konsolidierungsvorschlägen und -beschlüssen sei man im Großen und Ganzen im Konsens. Offensichtlich sei, dass die Sozialausgaben die Haushalte der Kommunen überall erdrücken. Hier könne man lediglich über den Einfluss der Abgeordneten in den Hauptstädten weiterkommen. Dies sei auch dringend erforderlich, denn auch die Stadt Alsdorf könne die diesbezüglichen Probleme alleine nicht lösen. Dennoch

wolle man selbstverständlich der Verpflichtung nachkommen, die Aufgaben zu erfüllen, die im eigenen Einflussbereich liegen.

Hieran anschließend lässt er zunächst über den Antrag der GRÜNE-Fraktion abstimmen.

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt lehnt die Anträge der GRÜNE-Fraktion mit Mehrheit (bei 2 Gegenstimmen und 1 Enthaltung) ab.

Sodann erfolgt die Abstimmung über den Beschlussvorschlag der Verwaltung.

Beschluss:

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat der Stadt mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 1 Enthaltung):

1. Der Rat der Stadt beschließt die aufgestellte und bestätigte Haushaltssatzung 2011 unter Berücksichtigung der vorgelegten Veränderungen der Ergebnisplanung für den Planungszeitraum 2011 bis 2014 (Anlage 1 der Originalniederschrift).
2. Der Rat der Stadt lehnt die durch die Fachausschüsse beschlossenen Änderungen des Investitionshaushaltes (Anlage 2 der Originalniederschrift) ab.
3. Der Rat der Stadt beschließt den als Anlage 3 zur Originalniederschrift beigefügten neuen Finanzplan für die Investitionstätigkeit.
4. Der Rat der Stadt beschließt das als Anlage 4 zur Originalniederschrift beigefügte Haushaltssicherungskonzept 2011 und beauftragt die Verwaltung, die Genehmigung der Aufsichtsbehörde einzuholen.

zu 8 Bericht der Verwaltung über die Verwendung der Mittel aus der Gottfried-Wacker-Stiftung für das Jahr 2010
Vorlage: 2011/1049

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt nimmt Art und Umfang der Verwendung der Mittel einmütig zur Kenntnis.

zu 9 Anfragen und Mitteilungen
Vorlage: 2010/0940

Protokoll:

Anfragen und Mitteilungen liegen nicht vor.

**zu 10 Entwurf des Stellenplanes 2011
Vorlage: 2011/1124**

Protokoll:

Zum vorliegenden Stellenplan 2011 führt **Herr Erster Beigeordneter Kahlen** aus, dieser sei so knapp ausgelegt, dass es für die Zukunft kaum noch Spielräume gebe. Es müsse deshalb darauf hingewiesen werden, dass weitere Einsparungen an Personal wohl nicht ohne den Abbau von Aufgaben bzw. derzeitigen Standards möglich seien.

Seitens der **SPD-Fraktion** bittet **Herr Stv. F. Krämer** um Einplanung einer A 14-Stelle im Produktbereich 0501.

Herr Bürgermeister Sonders fügt an, es handele sich hierbei um die Stelle im Sozialbereich, die zur Einsparung vorgesehen war.

Herr Stv. Heidenreich, GRÜNE-Fraktion, weist darauf hin, dass die Vorlage recht spät zugestellt worden sei. Er werde sich deshalb bei einer Abstimmung heute der Stimme enthalten.

Diesem Einwand schließt sich **Herr Stv. Brandt** an. Darüber hinaus wolle er zunächst die Antwort auf die Anfrage der **CDU-Fraktion** hinsichtlich der Stellen bei der GSG, der IGA und der FOGA abwarten, die durch die Stadt mit unterhalten und somit mittelbar mit finanziert würden. Zudem stehe auch die Antwort auf eine konkrete Anfrage zu einer kürzlich ausgeschriebenen Stelle noch aus. Zur besseren Beurteilung der Gesamtsituation hätte er alle Antworten gern bis zur Sitzung des Rates der Stadt am 14.04.2011.

Hierzu gibt **Herr Bürgermeister Sonders** zur Kenntnis, dass die Verwaltung dabei sei, die Antworten zu erarbeiten, hierbei jedoch zum Teil auf die Mitwirkung der vorgenannten Gesellschaften angewiesen sei.

Nachfolgend lässt Herr Bürgermeister Sonders über den Empfehlungsbeschluss mit der von Herrn Stv. F. Krämer vorgetragene Ergänzung abstimmen.

Beschluss:

Der Hauptausschuss des Rates der Stadt empfiehlt dem Rat der Stadt mit Mehrheit (bei 1 Gegenstimme und 2 Enthaltungen):

Der Rat der Stadt beschließt den Stellenplan für das Haushaltsjahr 2011 in der als Anlage zur Originalniederschrift vorgelegten Fassung mit folgendem Zusatz:

Im Produktbereich 0501 ist eine A 14-Stelle einzurichten.

.....

Alsdorf, 08. April 2011

Gez. Sonders
Bürgermeister

gez. Scheefe
Schriftführerin